

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Freitag, 7. Dezember 1962

Blatt 2568

## 1962 - ein Rekordjahr der Wiener Ehejubilare

=====

7. Dezember (RK) Montag, den 10. Dezember, wird im Stadt-  
senatssaal des Wiener Rathauses Bürgermeister Jonas im Beisein  
von Mitgliedern des Stadtsenates und der Bezirksvorsteher 70  
Ehejubilare zu ihrem Jubeltag im Namen der Stadt Wien beglück-  
wünschen. Insgesamt **kommen** nächste Woche elf Diamantene und  
255 Goldene Hochzeitspaare ins Wiener Rathaus. Wegen der großen  
Zahl der Jubilare werden diesmal die Ehrungen an vier Nach-  
mittagen stattfinden.

Dienstag, den 11. Dezember, wird sich unter den Goldenen  
Hochzeitern aus Meidling das 15.000 Jubelpaar befinden, das  
seit 1945 im Wiener Rathaus geehrt wurde. Mit 1.173 Ehejubilaren  
begeht Wien heuer ein Rekordjahr. 1961 wurden im Rathaus 1.011  
und ein Jahr vorher 1.025 Jubelpaare anlässlich ihres Ehe-  
jubiläums durch den Bürgermeister empfangen und beglückwünscht.

- - -

Johann Achhammer zum Gedenken  
=====

7. Dezember (RK) Auf den 9. Dezember fällt der 250. Todestag des Glockengießers der "Pummerin" Johann Achhammer.

Sein Lebenslauf läßt sich nur bruchstückhaft aus Eintragungen in Pfarrämtern und vereinzelt Aktennotizen rekonstruieren. Er wurde am 27. Dezember 1650 geboren. Wo er seine Kunst erlernte und wann er zum erstenmal den Boden Wiens betrat, ist nicht mehr feststellbar. 1686 kaufte er sich als bereits wohlbekannter Meister die nach der Türkenbelagerung zurückgebliebene Brandstätte, die heute das Haus Burggasse 55 trägt. Im Vertrag wurde er als k.u.k. Stück- und Glockengießer bezeichnet. 1695 erwarb er auch die daneben befindliche Brandstätte. Beide Parzellen ergaben ein Grundstück von beträchtlichem Ausmaß, wie es für eine Glocken- und Kanonengießerei notwendig war. Die dort einmündende Gasse führt heute noch in Erinnerung an seine Tätigkeit den Namen "Stückgasse". Zwischen 1686 und 1689 scheint Achhammer öfter als Taufpate der sogenannten Türkenkinder auf, die von den christlichen Armeen im Türkenlager aufgefunden und von Bischof Kollonitz gesammelt worden waren. Am 18. Dezember 1710 bekam er den Auftrag, der seinen Namen für immer mit Wien und dem Stephansdom verbinden sollte. Der Guß der Pummerin wurde ihm übertragen. Dieser gelang am 21. Juli 1711. Die Riesenglocke wurde auf einem für diesen Zweck konstruierten Wagen, der von 200 Wienern aller Stände gezogen wurde, in feierlicher Auffahrt durch das Rotenturmtor, das größte Stadttor Wiens, nach St. Stephan gebracht. Johann Achhammer war dreimal verheiratet. Aus seinen Ehen wurden ihm 16 Kinder geboren. Er und seine drei Frauen sind in den Gräften der Ulrichskirche beigesetzt. Aus seiner Werkstatt stammen noch viele andere Glocken, von denen aber nur wenige die "Pummerin", das tönende Wahrzeichen unserer Stadt, überlebt haben dürften.

Karl Diener zum Gedenken  
=====

7. Dezember (RK) Auf den 11. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Paläontologen Univ.-Prof. Dr. Karl Diener.

Der hervorragende Gelehrte absolvierte die Fachstudien in seiner Vaterstadt Wien und unternahm schon frühzeitig Reisen zu wissenschaftlichen Forschungszwecken nach Syrien und dem Libanon. Er habilitierte sich zunächst für Geographie, wandte sich aber dann der Geologie zu. Im Auftrage der Akademie der Wissenschaften begab er sich in die Auvergne, in die Pyrenäen, in die Westalpen und nach Nordamerika. Der reiche Ertrag seiner Expeditionen lenkte sein Interesse auf die Paläontologie. 1906 wurde Diener Ordinarius für Paläontologie an der Wiener Universität. Zu seinen wichtigsten Werken gehören "Bau und Bild der Ostalpen" und "Die marinen Reiche der Triasperiode". Karl Diener, der Mitglied der Wiener und Leningrader Akademie der Wissenschaften war, besuchte in seinen späteren Lebensjahren auch Mexiko, Schweden, Japan, Canada, Spanien und die kanarischen Inseln. Schon längere Zeit erkrankt, vollendete er noch mit letzter Kraft sein Werk "Biostratigraphie" und starb am 6. Jänner 1928. Prof. Karl Diener genoß im In- und Ausland größtes Ansehen und war ein würdiger Repräsentant des österreichischen Geisteslebens.

- - -

### 60. Geburtstag von Harald Kreutzberg

=====

7. Dezember (RK) Am 11. Dezember vollendet der Tänzer Harald Kreutzberg das 60. Lebensjahr.

In Reichenberg, Böhmen, geboren, wurde er zunächst Modezeichner und besuchte die Kunstgewerbeschule in Dresden. So konnte er sich Kenntnisse erwerben, die ihn später befähigten, seine Kostüme selbst zu entwerfen. Mit dem Tanz kam er zuerst durch einen Dilettantenkurs der Mary Wigman in Berührung. In Hannover debütierte er als Seiltänzer in der "Verkauften Braut". Seine weitere künstlerische Ausbildung übernahm Max Terpis, der ihn an die Berliner Staatsoper brachte, wo er bald Solotänzer wurde. Hier trat er zum erstenmal mit glattrasiertem Kopf auf und blieb dieser Maske stets treu. 1927 holte ihn Max Reinhardt zu den Salzburger Festspielen. Ein Jahr später begannen seine internationalen Tourneen, die ihn 14mal nach Amerika führten und auf denen er die Erde mehrmals bereiste. Besonders große Erfolge wurden ihm in Japan zuteil. Sein Tanzstil ist von ganz eigener Art. Kreutzberg geht zwar den konservativen Weg des klassischen Balletts, macht aber aus jeder seiner Figuren eine Tanzschöpfung für sich, die seinem eigenen Gefühlsausdruck zutiefst entspricht. Sein Tanz ist expressionistischer Natur und hat sich nicht gewandelt. Seine Tänze sind immer eindrucksvoll geblieben. In der Tragik und mehr noch in einer äußerst einfallsreichen Komik wirken sie bildhaft und musikalisch. Harald Kreutzberg hat sich während seiner 40jährigen Karriere ein großes Programm geschaffen. Berühmte Tänze waren unter anderem "Engel Luzifer", "Sternenlied", "Gespräch mit dem Tod", "Aus einem alten Kalender", "Seliger Walzer", der Teufel in "Jedermann", der Puck in "Sommernachtstraum", die Eigenschöpfungen "Henkerstanz", "Till Eulenspiegel" und "Vagabundenlied". Harald Kreutzberg ist immer gern in Wien aufgetreten, wo seine Darbietungen jahrzehntelang zum ständigen Kunstprogramm gehörten. In Anerkennung seiner Verdienste um das österreichische Kunstleben wurde ihm 1961 vom Unterrichtsministerium das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

Zehn Jahre Blumengroßmarkt auf der Wieden  
=====

7. Dezember (RK) Der Blumengroßmarkt am Phorusplatz im 4. Bezirk beging heute früh das Fest seines zehnjährigen Bestandes. Unter den Ehrengästen der Jubiläumsfeier befanden sich Bürgermeister Jonas, Stadtrat Bauer, der Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Hengl, Marktamtsdirektor Altmann sowie Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, der Handelskammer, der Innungen und der Gärtnerschaft.

Stadtrat Bauer stellte mit Genugtuung fest, daß sich der Wiener Blumengroßmarkt in den zehn Jahren seit seiner Übersiedlung von den Gartenbaugründen auf den Phorusplatz überaus gut entwickeln konnte. Er dankte allen beteiligten Funktionären der Gärtner und des Handels für ihre Bemühungen, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Hengl dankte in seiner Eigenschaft als Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer der Wiener Stadtverwaltung für die allseitige Förderung des Blumengroßmarktes. Die beabsichtigte Errichtung eines Parkplatzes neben der Markthalle, sagte er, wird von den Händlern wärmstens begrüßt. Weitere Gratulationsansprachen hielten der Obmann der Marktvereinigung des Blumengroßmarktes Ökonomierat Berger, der Landesobmann der Gärtner Wiens, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Zahalka, der Präsident des Bundesverbandes der Gärtner Ökonomierat Schwarzrock sowie der Sektionschef im Landwirtschaftsministerium Dr. Pultar.

Bürgermeister Jonas stellte in seiner Ansprache mit Befriedigung fest, daß sich der Blumenmarkt auf dem Phorusplatz entgegen manchen skeptischen Meinungen rasch und gut eingelebt hat. Wir können mit Freude vermerken, daß die gute Entwicklung der österreichischen Wirtschaft auch zur Steigerung des Absatzes von Naturblumen geführt hat. Wenn man von einer Millionenstadt spricht, sagte er, denkt man meist nur an große Fabriken, Banken, an den Großstadtverkehr, selten aber an Blumen, den letzten Rest der Naturverbundenheit des Städters. Wir sind daher unseren Blumengärtnern und Blumenhändlern dankbar für ihre Bemühungen, dem Bedürfnis unserer Bevölkerung nach etwas lebender Natur immer mehr ent-

gegenzukommen. Er versicherte, daß die Stadt Wien bei der Planung des künftigen Wiener Großmarktes die Interessen der Blumengärtner und der Vertreter des Blumenhandels voll berücksichtigen wird und wünschte bis zur Verwirklichung dieses großen Bauvorhabens dem Blumenmarkt am Phorusplatz eine "blühende" Fortentwicklung.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche  
=====

7. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Montag, den 10. Dezember:

17.00 Uhr, Donaustadt, Lorenz Kellner-Gasse 15.

Dienstag, den 11. Dezember:

16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/II/201,

17.00 Uhr, Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, 2. Stock,

17.30 Uhr, Mariahilf, Amerlingstraße 11, 1. Stock,

17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

Donnerstag, den 13. Dezember:

15.00 Uhr, Döbling, Gatterburggasse 14/I,

16.00 Uhr, Neubau, Hermannngasse 24-28, 2. Stock,

17.00 Uhr, Margareten, Schönbrunner Straße 54,

18.15 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4, 3. Stock.

- - -

## 80. Geburtstag von Viktor Hammer

=====

7. Dezember (RK) Am 9. Dezember vollendet der Maler, Graphiker, Kunstgewerbler und Architekt Prof. Viktor Hammer das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er bei Camillo Sitte Architektur, bei Griepenkerl Malerei studierte. Weiters nahm er bei Hellmer, Bitterlich und Hanak Modellierunterricht. Seine weitere Ausbildung erfolgte in München und Paris. Seine Werke zeigen auf allen Schaffensgebieten die gleiche persönliche Eigenart, die sich am ehesten in die Richtung der "Neuen Sachlichkeit" einordnen läßt. Als Maler bevorzugt Hammer das Akt- und Porträtthema, das er in einem strengen Bildbau unter Betonung der Konturen und Silhouetten ausführt, wobei die Farbe der Form radikal untergeordnet wird. Zu dieser Auffassung gelangte er durch das Studium der italienischen und deutschen Renaissance, deren zeichnerische Strenge er jedoch überbietet. Seit 1921 wandte er sich auch der graphischen Technik der Schabkunst zu. Weiters verfertigte er Bucheinbände und Illustrationen und schuf auch eine neue Schrifttype, die "Hammer-Unziale". Seine Handpressendrucke wurden weltberühmt. 1933 hatte er Gelegenheit, im Bau und in der Ausstattung der Kapelle in Kolbsheim, Elsaß, die Vielseitigkeit seiner Begabung zu erweisen. Der Künstler lebt seit Jahren in den USA.

Bürgermeister Jonas richtete an den Künstler ein Schreiben, in dem es heißt: "Wir werden nicht vergessen, wie viel wir Ihnen verdanken und was Sie für Ihre Vaterstadt geleistet haben. Ihr fruchtbares Schaffen auf den Gebieten der Malerei und Graphik, des Kunstgewerbes und der Architektur ist durch hohe Meisterschaft ausgezeichnet und hat zahlreiche Werke von bleibendem Wert gezeitigt. Die Heimat fühlt sich Ihnen in aufrichtiger Hochschätzung nach wie vor fest verbunden und entbietet Ihnen die besten Grüße".

Auch Vizebürgermeister Mandl schickte ein Gratulationsschreiben.

Eine Hundertjährige in Neustift am Walde  
=====

7. Dezember (RK) In der Rathstraße in Neustift am Walde feiert heute Frau Gabriele Brunfaut im Kreise ihrer Familienangehörigen das 100. Wiegenfest. Die jüngste hundertjährige Wienerin wurde in Nordböhmen bei Tetschen geboren und hat sechs Kinder großgezogen, von denen nur mehr eine Tochter lebt. Stadtrat Maria Jacobi besuchte heute Frau Brunfaut in ihrer Wohnung und überbrachte ihr im Namen des Bürgermeisters sowie im eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche. Die Jubilarin zeigte sich über die ihr überreichte Ehrengabe der Stadtverwaltung sowie über das große Geburtstagsbukett in Farben der Stadt Wien hocherfreut. Die alte Dame ist, wie sich die zahlreichen Gratulanten überzeugen konnten, geistig noch sehr rege und interessiert sich lebhaft für das Zeitgeschehen. Sie ist eine eifrige Leserin und zeichnet sich überdies auch durch schriftstellerische Ambitionen aus. Ihre jüngste Arbeit ist ein Liebesroman. Im Namen des 19. Bezirkes gratulierte Bezirksvorsteher Opfermann.

- - -

Ernst Lissauer zum Gedenken  
=====

7. Dezember (RK) Am 10. Dezember sind 25 Jahre vergangen, daß der Dichter Ernst Lissauer am gleichen Tag, an dem er sein 55. Lebensjahr vollendete in Wien gestorben ist.

1882 als Sproß einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin geboren, veröffentlichte er 1907 seinen ersten Lyrikband "Der Acker". Zahlreiche Gedichte, Essays und Erzählungen folgten. Sein "Haßgesang gegen England" zu Beginn des ersten Weltkrieges mit dem Refrain "Gott strafe England" stellte ihn in den Mittelpunkt einer Weltdiskussion. Infolge der enormen Wortwirkung wurde dieses Gedicht bei allen kriegshetzerischen Veranstaltungen vorgetragen, stieß aber bei dem anderen Teil des deutschen Volkes auf schärfsten Protest. Auch Karl Kraus geriet mit Lissauer deshalb in eine schwere Polemik, die dessen literarisches Schaffen abschnitt. Lissauer hat seinen Irrtum bald eingesehen,

der ihm jedoch nie verziehen wurde. Er flüchtete aus dem deutschen Hurratriotismus nach Wien, wo er bis zu seinem Tode einsam und in schlechten finanziellen Verhältnissen, als freier Schriftsteller lebte. Ernst Lissauer war in erster Linie Lyriker, dessen Gedichte von schwerer Tragik erfüllt sind. Er dichtete vielfach den biblischen Psalmen nach und erreichte deren hymnische Wirkung. Auch seine Balladen, langzeilige epische Gedichte, deren Stoff vielfach der deutschen Geschichte entnommen ist, haben einen eigenen Reiz. Nach dem Krieg hat er sich mehr als Dramatiker betätigt, doch wurden seine Stücke nur selten aufgeführt. Die größte künstlerische Gestaltung erreichte sein "Moses". Lissauer hing mit abgöttischer Liebe an seiner Wahlheimat Wien. Als Ausdruck seiner Dankbarkeit schrieb er das Buch "Glück in Wien". Es ist eine Art Österreich-Buch, origineller als jeder Führer oder Bildband. Das Kapitel über Wien ist ein ausgesprochener Lobspruch. Seine Essays über Literatur und Musik sind bis heute lesenswert geblieben und zeigen besonderes Einfühlungsvermögen in die österreichische Kultur. Seine umfassenden Kenntnisse hat er auch als Herausgeber zahlreicher Anthologien bewiesen. Das persönliche Schicksal und die dichterische Erscheinung Ernst Lissauers verdienen es, an seinem Geburts- und Sterbetag sich seiner zu erinnern.

- - -

Arbeitstagung des Verbandes österreichischer Volksbüchereien  
=====

7. Dezember (RK.) Vom 10. bis 12. Dezember hält der Verband österreichischer Volksbüchereien im Anschluß an seine Jahreshauptversammlung eine Arbeitstagung ab, auf der wichtige Fragen behandelt werden. Das Programm zeigt folgende Vorträge und Referate bzw. Veranstaltungen: Dr. Richard Bamberger: Merkmale des guten Kinderbuches; Dr. Rudolf Müller: Fachliche und materielle Hilfe für die Büchereien (mit Lichtbildern); Gerhard Fritsch und Prof. Rudolf Felmayer: Merkmale des guten Romans (Podiumsdiskussion); Dr. Othmar Gidaly: Merkmale des guten Sachbuches (Naturwissenschaften); Dr. Friedrich Kornauth: Merkmale des guten Sachbuches (Geisteswissenschaften); Reg. Rat Josef Scharnagl: Bericht von der Tagung des Vereins deutscher Volksbibliothekare in Hannover; Filmvorführung "Der Schlüssel zur Welt" (Film über das öffentliche Büchereiwesen in Westdeutschland); Rudolf Komarnicki: Die kulturelle Bedeutung der Schallplatte; Besichtigung der neugestalteten Stadtbücherei Wiener Neustadt. Der Bericht von Dr. Hans Ruppe über einen Besuch in schwedischen Volksbüchereien entfällt, der Büchereiverband hat den plötzlichen Tod des Referenten zu beklagen.

Im letzten Jahr konnte der Büchereiverband seine beratende und helfende Tätigkeit in besonders ermutigender Weise ausbauen. Büchereien in allen Bundesländern konnten an dieser Hilfe partizipieren; ein besonders planmäßiger Aufbau galt dem Büchereiwesen in Niederösterreich. Die Mittel zu dieser Hilfe kamen einerseits aus Subventionen des Bundesministeriums für Unterricht, andererseits aus eigener Aufbringung des Verbandes.

Besonders nachdrücklich interessiert ist der Büchereiverband an der fachlichen Fundierung der Büchereiarbeit in Österreich. Verglichen mit beispielhaften "Bücherei-Ländern" wie den skandinavischen Staaten, England und den USA hat Österreich noch manches aufzuholen.

Die dringlichste Frage, der der Büchereiverband sein Augenmerk zuwendet, ist die einer behördlich geregelten Berufsausbildung für die Bibliothekare an hauptberuflich geführten Volksbüchereien -

ein Problem, bzw. Projekt, an dem die im Städtebund zusammengeschlossenen Stadtgemeinden ebenso interessiert sind wie das Bundesministerium für Unterricht. Wenn man Schweden vergleicht, das neuerdings jede Gemeinde zur Schaffung einer Bücherei gesetzlich verpflichtet und das zentral und systematisch für die fachliche Förderung der Büchereien sorgt, ermißt man die große Aufgabe, die in Österreich noch zu bewältigen ist. Sie ist etwa jener vergleichbar, die seinerzeit zur gesetzlichen Fundierung der Volksschule geführt hat. Dabei wird nicht verkannt, daß die österreichische Verfassungslage bei uns den Gang der Dinge kompliziert, es sollte auch nicht der legislatorische Weg als einzig gangbarer gesehen werden. Über tatkräftige lokale Ansätze kann, wie das (west-)deutsche Beispiel zeigt, eine tragfähige Entwicklung eingeleitet werden.

(Nähere Auskünfte beim Verband österreichischer Volksbüchereien, Wien 8, Schmidgasse 18, Telefon 42 61 63)

- - -

## Wiener Landtag

=====

7. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war ein Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien wegen Verdachtes der Übertretung des Pressegesetzes durch den Abg. Neset (FPÖ).

Abg. Dr. Freytag (ÖVP) berichtete dazu, daß Neset als Verantwortlicher für eine Zeitschrift versäumt habe, die Zeitschrift anzumelden und die vorgeschriebenen Belegexemplare zu verschicken. Das Immunitätskollegium sei mit Mehrheit zu der Ansicht gekommen, den Abgeordneten nicht auszuliefern.

Abg. Planek (SPÖ), der Vorsitzende des Immunitätskollegiums, meldete sich zu Wort und verwies auf die Bestimmungen des Immunitätsgesetzes. Er forderte die Abgeordneten auf, in Zukunft alles zu tun, um zu verhüten, daß sie mit irgendeinem Gesetz in Konflikt kommen.

Bei der Abstimmung wird die Auslieferung einstimmig abgelehnt.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

7. Dezember (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zusammen. Vor Beginn der Budgetberatungen wurden mehrere Wahlen durchgeführt, die durch die Zurücklegung von Mandaten oder durch den Ablauf von Terminen notwendig sind.

Für die neuen Nationalratsabgeordneten Hella Hanzlik und Erich Hofstetter (beide SPÖ) sowie Dr. Kurt Fiedler (ÖVP) und für den neuen Bundesrat Karl Titze (ÖVP) wurden als Ersatzmänner angelobt: Heinrich Müller und Josef Srp (beide SPÖ), Josef Krobot und Dr. Ferdinand Habl (beide ÖVP).

Den scheidenden Mitgliedern des Gemeinderates sprach Bürgermeister Jonas unter dem Beifall des Hauses den Dank für ihre wertvolle Mitarbeit aus.

Hierauf erfolgte die Wahl der Schriftführer für den Gemeinderat. Gewählt wurden von der SPÖ die Gemeinderäte Graczoll, Maria Hirschler, Hlawka, Mistinger, Gertrude Sandner und Windisch; von der ÖVP die Gemeinderäte Josef Bauer, Heinrich Kowarsch und Dipl.-Ing. Walter Blaschka.

Zu Mitgliedern des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt wurden gewählt: von der SPÖ die Gemeinderäte Dr. Bohmann, Mayr, Nimmerrichter, Opravil, Josefa Popp, Stadtrat Riemer, Sailer, Schiller und Traxler; von der ÖVP die Gemeinderäte Bucher, Dr. Freytag, Kabesch, Dr. Weninger und Wohlmuth.

Als Mitglieder des Überwachungsausschusses der Krankenfürsorgeanstalt wurden gewählt: die Gemeinderäte Rösner und Gertrude Sandner (beide SPÖ) sowie Hahn (ÖVP).

Als Vorsitzender des Schiedsgerichtes wurde Gemeinderat Dr. Stemmer (SPÖ), als Beisitzer Gemeinderat Dr. Jakl (SPÖ) und Gemeinderat Haim (ÖVP) gewählt.

Als Mitglieder für die Disziplarkommission für die Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen wurden gewählt: von der SPÖ die Gemeinderäte Adelpoller, Hedwig Lehnert und Dr. Bohmann, als Ersatzmitglieder Rösner, Mistinger und Schreiner; von der ÖVP als Mitglied Direktor Weinhappel und als Ersatzmitglied Hauptschuloberlehrer Taibl.

Nun erfolgten die Wahlen von neuen Mitgliedern verschiedener Gemeinderatsausschüsse. Im Personalausschuß legten die Gemeinderäte Gertrude Sandner und Traxler (beide SPÖ) zurück, neugewählt wurden die Gemeinderäte Müller und Rösner (beide SPÖ). Im Finanzausschuß legten die neuen Abgeordneten zum Nationalrat Hella Hanzlik (SPÖ) und Dr. Fiedler (ÖVP) zurück, neugewählt wurden die Gemeinderäte Maria Hlawka (SPÖ) und Walzer (ÖVP). Im Wohlfahrtsausschuß legten zurück Hella Hanzlik und Hofstetter (beide SPÖ), neugewählt wurden Gertrude Sandner und Traxler (beide SPÖ). Im Ausschuß für Öffentliche Einrichtungen legte der neue Bundesrat Titze (ÖVP) zurück, neugewählt wurde Gemeinderat Haim (ÖVP). Im Wirtschaftsausschuß legte Gemeinderat Walzer (ÖVI) zurück, neugewählt wurde Gemeinderat Krobot (ÖVI). Im Ausschuß für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten legten die Gemeinderäte Maria Hlawka (SPÖ) und Abg. Dr. Fiedler (ÖVP) zurück, neugewählt wurden GR. Srp (SPÖ) und Ing. Lust (ÖVI).

Schließlich legten die Gemeinderäte Gertrude Sandner und Traxler (beide SPÖ) ihre Stellen als Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission zurück, neugewählt wurden die Gemeinderäte Müller und Stadtrat Riemer (beide SPÖ).

Als letztes wurde anstelle von Abg. Hofstetter (SPÖ) Gemeinderat Gertrude Sandner (SPÖ) als Mitglied des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes gewählt.

Im Anschluß an diese Wahlen begannen die Budgetberatungen. Vor dem Sitzungsbericht bringen wir eine Rednerliste mit Zeitplan.

./.

## Wiener Gemeinderat - Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zu den Wirtschafts-  
plänen der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1963

| Bericht-<br>erstatter<br>Stadtrat | Geschäfts-<br>gruppe                               | Bisher zu Wort gemeldet |              |                          |                    |
|-----------------------------------|--|-------------------------|--------------|--------------------------|--------------------|
|                                   |  | <u>KLS</u>              | <u>FPÖ</u>   | <u>ÖVP</u>               | <u>SPÖ</u>         |
| VBgm.<br>Slovik<br>Fr. 7.12.      | General-u.<br>Spezial-<br>debatte z.<br>GeschGr.II | Lauscher                | Dr.Schmidt   | Haag                     | Dr.Stemmer         |
| Riemer<br>Mo.10.12.               | SpezDeb.<br>GeschGr.I                              | Maller                  | Dr.Broesigke | Dr.Freytag               | Graczoll           |
| VBgm.<br>Mandl<br>Di.11.12.       | SpezDeb.<br>GeschGr.III                            | Lauscher                | Dr.Broesigke | Eleonora<br>Hiltl        | Planck             |
| Maria<br>Jacobi<br>Mi.12.12.      | SpezDeb.<br>GeschGr.IV                             | Lauscher                | Nesset       | Dr. Marga<br>Hubinek     | Hedwig<br>Lehnert  |
| Dr. Glück<br>Do.13.12.            | SpezDeb.<br>GeschGr.V                              | Maller                  | Dr. Schmidt  | Josef<br>Bauer           | Nimmer-<br>richter |
| Heller<br>Fr.14.12.               | SpezDeb.<br>GeschGr.VI                             | Hausner                 | Nesset       | Ing. Lust                | Jodlbauer          |
| Lakowitsch<br>Sa.15.12.           | SpezDeb.<br>GeschGr.VII                            | Hausner                 | Nesset       | Ing.<br>Hauschka         | Windisch           |
| Koci<br>Mo.17.12.                 | SpezDeb.<br>GeschGr.VIII                           | Maller                  | Peter        | Dipl.-Ing.<br>DDr.Strunz | Bednar             |
| Glaserer<br>Di.18.12.             | SpezDeb.<br>GeschGr.IX                             | Hausner                 | Dr.Schmidt   | Dr.Helene<br>Stürzer     | Dr. Bohmann        |
| Bauer<br>Mi.19.12.                | SpezDeb.<br>GeschGr.X                              | Lauscher                | Peter        | Dipl.-Ing.<br>Dr. Hengl  | Mann               |
| Sigmund<br>Do.20.12.              | SpezDeb.<br>GeschGr.XI                             | Hausner                 | Dr.Broesigke | Dr.<br>Weninger          | Mayr               |
| Schwaiger<br>Fr.21.12.            | SpezDeb.<br>GeschGr.XII                            | Maller                  | Peter        | Hahn                     | Bock               |

./.

Der Wiener Voranschlag für das Jahr 1963  
=====

Die Budgetberatungen im Ratheus haben begonnen

7. Dezember (RK) Wiens Finanzreferent, Vizebürgermeister Slavik, der nun zum sechstenmal den Voranschlag der Bundeshauptstadt vorlegt, teilt einleitend mit, daß von dem Recht der Einsichtnahme und der Protokollierung von Erinnerungen zwanzig Gemeindemitglieder - 16 Männer und 4 Frauen - Gebrauch gemacht haben. Elf Wiener, die Einsicht genommen und Erinnerungen abgegeben haben, sind Arbeiter oder Angestellte, fünf Pensionisten oder Rentner, zwei gehören freien Berufen an, einer ist Student, bei einem ist der Beruf unbekannt.

Die Erinnerungen befassen sich u.a. mit der Subventionierung der Theater, mit den Gedenkfeiern zum fünfundzwanzigsten Jahrestag der Besetzung Österreichs, mit der Entwicklung der Kulturbudgets, mit Altersheimen und Kindergärten, der Instandhaltung des Zentralfriedhofs, dem Dianabad, der Anbringung von Verkehrszeichen, mit den Mietzinsen in Gemeindewohnungen und Privathäusern, mit den Ausgaben für Empfänge und Feierlichkeiten, den Straßenbahn- und Autobusverkehr usw. In einer Erinnerung wird die positive und sachliche Arbeit im Dienste der Bevölkerung dieser Millionenstadt hervorgehoben und allen jenen, die sich dieser mühevollen, leider nicht immer gewürdigten Arbeit unterzogen haben, der Dank ausgesprochen.

Der Referent beantragt, die eingebrachten Erinnerungen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zuzuweisen, damit die Gewähr gegeben ist, daß die Erinnerungen von allen fachlichen Gesichtspunkten aus behandelt und einer entsprechenden Erledigung zugeführt werden können.

Zum Voranschlag selbst erklärt Vizebürgermeister Slavik: Wir haben es diesmal nicht leichter gehabt als in den Vorjahren; die Wünsche waren selbstverständlich größer als die Möglichkeiten zu ihrer Erfüllung. Wir müssen die Strukturänderung in der Bevölkerung und in der Wirtschaft beobachten, wenn wir uns ein Arbeitsprogramm im Jahre 1963 zugrunde legen. Wir dürfen aber auch bedrohliche Anzeichen auf dem wirtschaftlichen Sektor nicht übersehen.

Es ist für uns kein Trost, wenn momentan die wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt Wien von dieser bedrohlichen Entwicklung ausgenommen sind. Es ist für uns auch kein Trost, wenn andere Bundesländer bereits eine wirtschaftliche Entwicklung zeigen, die zu einiger Sorge Anlaß geben muß. In unserer Textilindustrie gibt es schwierige Probleme, ebenso in der Papier- und in der Metallindustrie. Wir müssen uns - so wie im Jahr 1958 - wappnen, damit wir das höchste Ziel, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und den Menschen die Existenz zu sichern, unter allen Umständen gewährleisten können.

Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur zeigt der Berichterstatter an Hand folgender Zahlen auf: 1869 waren in Wien 24 Prozent selbständig tätig, 5 Prozent waren Angestellte, 71 Prozent Arbeiter. 1951 waren 12 Prozent Selbständige, 34 Prozent Angestellte, 51 Prozent Arbeiter. In ganz Österreich hat die Zahl der Familienbetriebe in der Zeit von 1930 bis 1954 von 164.000 auf 88.000 abgenommen, die Zahl der Betriebe von einem bis neun Beschäftigten von 151.000 auf 125.000. In diesem Zeitraum sind also 102.000 Familienbetriebe b w. Betriebe bis zu neun Angestellten zugrunde gegangen oder haben ihre Tätigkeit eingestellt. Die Zahl der Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten hat im gleichen Zeitraum um 2.560 zugenommen. In Wien selbst ist die Zahl der Familienbetriebe und der Betriebe bis vier Angestellte zwischen 1930 und 1959 von 114.000 auf 68.000 gesunken. Bei den Betrieben von fünf bis neunzehn Angestellten hat sich die Zahl fast nicht verändert, sie ist lediglich von 13.449 auf 13.331 zurückgegangen. Bei Betrieben von zwanzig bis neunundneunzig Beschäftigten ergibt sich eine Steigerung von 3061 auf 4181, bei den Betrieben bei mehr als hundert Beschäftigten eine Steigerung von 573 auf 934. Auch hier also ist die gleiche Tendenz festzustellen: die Zahl der Familien- und Kleinbetriebe geht zurück, an ihre Stelle treten Mittel- und Großbetriebe. Dies festzustellen ist deswegen wichtig, weil es uns vor sozialpolitische Aufgaben stellt. Das erklärt auch, warum wir in Wien diese große Förderungsaktionen für unsere gewerblichen

Betriebe durchführen. Wir sind damit beispielgebend für die Republik Österreich und für die anderen Bundesländer. (Beifall bei der SPÖ.)

Die größte Aufgabe ist aber noch immer, den Menschen genügend Wohnraum zu bauen, Wohnraum noch und noch zu schaffen. Die Probleme haben sich auch hier völlig verändert. Es geht nicht darum, eine möglichst große Zahl von völlig ungenügenden Wohnungen zu bauen, sondern eine möglichst große Zahl von modernen Wohnungen zu errichten, um die Menschen in einem möglichst kurzen Zeitraum aus den Zinskasernen der Vergangenheit herauszubringen.

Eine zweite große Aufgabe besteht in der Erhaltung und Modernisierung unserer Schulen, unserer Spitäler und Anstalten. Eine andere große Aufgabe ist es, den wie eine Lawine wachsenden Verkehr zu meistern, was uns vor neue Probleme beim Straßen- und Brückenbau stellt. Weitere Probleme sind die Müllbeseitigung, Fragen der Wasserversorgung und der Kanalisation. Wir haben somit Probleme zu lösen, deren jedes einzelne fast Milliardenbeträge erfordert, die man nicht in einem Jahr und auch nicht in einem Arbeitszeitraum aufbringen kann, sodaß man weitsichtig planen muß.

Allein für die Erhaltung der Wohnhäuser der Gemeinde Wien wurden in der Zeit von 1954 bis inklusive 1962 rund 480 Millionen aufgewendet. Der aus diesen Wohnhäusern eingehobene Mietzins wird vollständig für ihre Erhaltung verwendet, sodaß ein rascher Verfall verhindert wird. Wir haben aber auch eine Aktion für die Erhaltung der privaten Wohnhäuser eingeleitet und hierfür 650 Millionen Kredite gewährt, sodaß für die Erhaltung des Wohnraumes unserer Stadt insgesamt 1.130 Millionen ausgegeben wurden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben auch Mittel und Wege gesucht, die vorhandenen Schulen so zu modernisieren, daß sie allen Forderungen entsprechen. Wo eine Modernisierung der bestehenden Gebäude nicht mehr möglich war, wurden neue Schulen gebaut. Seit 1959 wurde hierfür fast eine viertel Milliarde ausgegeben, mit dem Voranschlag für 1963 wird bereits der Betrag von 300 Millionen erreicht. Nach Aussagen von Fachleuten dürfen wir feststellen,

daß wir mit dem Budget für 1963 das Programm vollständig erfüllt und im Jahre 1964 das Ziel erreicht haben werden, daß alle Wiener Kinder moderne Schulen besuchen können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Unsere Wohlfahrts- und Krankenanstalten, die zum Teil im vergangenen Jahrhundert errichtet wurden, sind leider noch nicht so, wie wir sie gerne sehen möchten, obwohl auf dem Krankenhaussektor seit 1945 viel geschehen ist. Es wurden 39 Objekte neu errichtet, 19 befinden sich im Bau. 26 Projekte müssen in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden. Seit 1945 wurden auf diesem Sektor für Bauvorhaben 860 Millionen und für die Modernisierung und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen 540 Millionen aufgewendet. Die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten können nicht aktiv geführt werden. Die Gemeindeverwaltung sieht in ihrer Führung eine soziale Aufgabe. Der Abgang steigt jedoch von Jahr zu Jahr. Hat er 1961 noch 620 Millionen Schilling betragen, wird er für 1963 bereits mit 733 Millionen veranschlagt. Bedeutende Mittel werden auch für die Leistungen durch den Fürsorgeverband aufgewendet. Insgesamt hat die Gemeindeverwaltung durch den Abgang bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten und die Leistungen des Fürsorgeverbandes seit 1956 für die Gesundheit der Bevölkerung 4.997 Millionen Schilling ausgegeben und damit einen großen Beitrag zur Gesunderhaltung unserer Bevölkerung geleistet. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Erstellung des Voranschlages war nicht nur auf ein Programm auf lange Sicht zu achten, sondern auch auf die Entwicklung, die Gewerbe und Industrie in unserer Stadt nehmen werden. Man muß nicht nur dafür sorgen, die Abwanderung von Betrieben in möglichst engen Grenzen zu halten, sondern auch versuchen, diese durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wettzumachen. Wir dürfen jedoch sagen, daß die Entwicklung Wiens auf dem Sektor des Arbeitsmarktes eine gute war und bei einem Vergleich mit dem ganzen Lande prozentuell immer besser abschnitt.

./.

So betrug im Jahre 1958, als das große Wiener Investitionsprogramm beschlossen wurde, die Arbeitslosenrate Österreichs 5,3 Prozent, jene Wiens 4,4 Prozent. Dieses perzentuelle Verhältnis verbesserte sich in den folgenden Jahren noch durch die Auswirkungen des Investitionsprogrammes. Von Jänner bis August 1962 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenrate Österreichs 2,8 Prozent, die Wiens 1,6 Prozent. Wir hatten im August 1962 in Wien einen Arbeitslosenstand von 10.718 erreicht. Das ist der niedrigste Stand seit Menschengedenken. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Auf dem Gebiete der Wasserversorgung und Kanalisation haben wir ein Arbeitsprogramm vor uns, das etwa zwei Milliarden umfassen wird. Die eine Müllverbrennungsanlage wird 1964 fertig, die zweite muß zu diesem Zeitpunkt bereits im Bau sein. Zur Lösung der Verkehrsprobleme werden für Brücken- und Straßenbauten 400 Millionen ausgegeben.

Slavik kommt dann auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zu sprechen und in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Österreich. Es könnten sich Schwierigkeiten für die österreichische Wirtschaft ergeben, die vielleicht mit einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit verbunden sind. Die Finanzverwaltung der Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren jedoch für eine finanzielle Reserve gesorgt, die uns in die Lage versetzt, wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Erfolg zu begegnen. (Beifall bei der SPÖ.) Die oft zitierte "Rathaus-Milliarde" wird uns vielleicht noch gute Dienste leisten. Wir mußten in den vergangenen Jahren manchen Wunsch zurückstellen, um diese Rücklage schaffen zu können. Sie wird jedoch mithelfen, die Existenz der Bevölkerung unserer Stadt zu sichern. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde auch der Voranschlag für 1963 erstellt. Bei einer normalen Entwicklung werden wir einen ausgeglichenen Rechnungsabschluß vorlegen können und in der Lage sein, mit Hilfe der Reserven zusätzliche Leistungen auf uns zu nehmen. Im Jahre 1963 wird der Finanzausgleich ablaufen. Von allen Ländern und Gemeinden wurden bereits Wünsche laut, die bei den Finanzausgleichsverhandlungen vorgebracht werden.

Die Stadt Wien wird bei den Verhandlungen wieder auf die Ungerechtigkeit hinweisen, die Einnahmen aus dem Zuschlag zur Mineralölsteuer nur ausschließlich für den Bau von Bundesstraßen zu verwenden. Es müßte auch wieder gelingen zu einem Finanzausgleich zu kommen, der sich auf einen längeren Zeitraum erstreckt. Der auslaufende Finanzausgleich, der sich auf fünf Jahre erstreckte, gab den Ländern die Möglichkeit auf längere Sicht zu planen und hat sich daher gut ausgewirkt.

Eine Schwierigkeit bei der Erstellung des Voranschlages lag heuer darin, daß es diesmal keinen Bundesvoranschlag gibt und daher keine Vergleichsmöglichkeiten. Von den einzelnen Abteilungen wurden auch viele Wünsche eingebracht, sodaß es einiger Korrekturen bedurfte, um zu einem ausgeglichenen Budget zu kommen. Vizebürgermeister Slavik dankt allen, die bei der Erstellung des Voranschlages mitgearbeitet haben.

Auf der Einnahmenseite finden wir einen Betrag von 6.804 Millionen Schilling. Er setzt sich zusammen aus 2.560 Millionen Ertragsanteilen, 1.522 Millionen Gemeindeabgaben und 2.522 Millionen Gebühren und sonstigen Einnahmen.

Die Ausgaben sind mit 7.013 Millionen veranschlagt; sie setzen sich zusammen aus dem Personalaufwand von 2.010 Millionen, aus dem laufenden Sachaufwand mit 2.442 Millionen, aus einmaligen Investitionen von 2.101 Millionen und aus Darlehen mit 459 Millionen. Gegenüber dem Voranschlag 1962 (ohne die weitergegebenen Darlehen, um zu einem echten Vergleich zu kommen), sind die Einnahmen und die Ausgaben um je 10,7 Prozent höher veranschlagt. Der Abgang beträgt drei Prozent.

Bei den Einnahmen hob Vizebürgermeister Slavik besonders die Mindereinnahmen an der Vergnügungssteuer von neun Millionen Schilling hervor.

Wenn wir uns an die vielen Zeitungsartikel erinnern, betonte der Referent, die von einer Verdoppelung und Verdreifachung der Vergnügungssteuer gesprochen haben, und wenn wir nun das Ergebnis ansehen, dann können wir erkennen, wie die Bevölkerung oft schamlos belogen wird. Es wäre vielleicht doch gut, mehr denen zu glauben, die sich mit den Problemen beschäftigen und auseinandersetzen. Wir haben die wirtschaftliche Entwicklung sehr genau beobachtet, und es wird uns niemand daran hindern, steuerliche Maßnahmen dort zu treffen, wo sie notwendig sind, um die Lebensfähigkeit des Steuerträgers zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Ausgaben für das Personal betragen 2.010 Millionen Schilling. Einer Ausdehnung des Personalstandes wurde nur dort zugestimmt, wo er notwendig war: bei den Fürsorge- und Wohlfahrtsanstalten, bei den Spitälern und einige Posten beim Bauamt. Der Personalstand wird also trotz erhöhtem Budgetumfang nur von 34.282 auf 34.520 steigen, das sind um 238 Dienstposten mehr. Unser Personal, so betonte der Vizebürgermeister, ist durchaus bereit, bei organisatorischen Maßnahmen und bei Rationalisierungen mitzuarbeiten; sonst wäre es nicht möglich, die immer größer werdenden Aufgaben mit dem gleichen Personalstand zu erfüllen. Wir müssen daher auch überprüfen, ob unserem Personal eine bessere Bezahlung gewährleistet werden kann. Wir waren schon vor den Wahlen dieser Meinung, wollten aber keine Wahlzuckerln verteilen. Unmittelbar nach den Wahlen wurde daher mit den Verhandlungen begonnen. Das Budget 1963 sieht auch auf dem Investitionssektor große Beträge vor. Er wolle jedoch die Einzelheiten darüber den Referaten der zuständigen Stadträte überlassen. Auf eine Ziffer möchte er aber doch hinweisen: für das Bau- und Baunebengewerbe sind 1962 2.281 Millionen Schilling veranschlagt gewesen und 1963 werden es sogar 2.528 Millionen sein. Besonders freue ihn, daß in diesem Budget das erstmal die Milliarden-grenze für den eigenen Wohnbau und die Wohnbauförderung überschritten wird. 1.056 Millionen Schilling stehen für die Errichtung moderner Wohnungen zur Verfügung. Die Stadt Wien selbst wird 4.000 Gemeindewohnungen in üblicher Bauweise und 1.000 Wohnungen in Montagebauweise bauen; dafür sind 753 Millionen vorgesehen.

Die Darlehen für den Wohnungsbau setzen sich folgendermaßen zusammen: nach der Wohnbauförderung 168 Millionen, sonstige Wohnbauförderungsdarlehen 135 Millionen, zinsfreie Instandsetzungsdarlehen 80 Millionen, laufende bauliche Erhaltung 328,5 Millionen. Aber trotzdem hat wieder eine Zeitung geschrieben: "Von Jahr zu Jahr weniger Mittel für den Wohnungsbau!"

Bei den Ausgaben in der Gruppe Finanzwesen hob Slavik eine Post von 50 Millionen Schilling besonders hervor, die für den Ankauf von Wertpapieren dient. Wofür gehören diese 50 Millionen? Bereits seit zwei Jahren liegt die erste Wiener Investitionsanleihe auf der Börse auf, und in wenigen Tagen wird die zweite Investitionsanleihe aufgelegt. Diese Anleihen sollen kein Spekulationsobjekt werden. Wenn es Menschen gibt, die jedoch Wert darauf legen, daß ihr Schilling der Schilling bleibt, dann darf man ihnen empfehlen, daß sie die Wiener Anleihe kaufen. Und um den Kurs gleichmäßig gestalten zu können, dafür sind diese 50 Millionen vorgesehen.

Ein Problem zeigt sich wieder: in den Spitälern haben wir mit einem Zuschuß der Stadt Wien von 806 Millionen Schilling zu rechnen. Sosehr er die Probleme der Sozialversicherung verstehe, sagte der Finanzreferent, so könne doch die Stadt Wien nicht die ständig steigenden Kosten allein tragen. Wir müssen daher eine Erhöhung des Verpflegskostensatzes der Krankenkasse erreichen.

Der Finanzreferent verweist abschließend auf zwei besonders aktuelle Probleme. Im Voranschlag sind vier Millionen Schilling für den Bau der dritten Wiener Wasserleitung vorgesehen. Über dieses Problem, sagte er, wurde schon viel gesprochen und auch viel kritisiert, vor allem aber in Kreisen, denen es möglich gewesen wäre, positive Beiträge zur Lösung zu leisten. Die Bohrerlaubnis vom Landwirtschaftsministerium hat die Stadt Wien erst im Vorjahr bekommen. Wegen eines Einspruches der Niederösterreichischen Landesregierung konnten aber noch immer nicht die Bohrungen in Angriff genommen werden. Erst als im Laufe des heurigen Jahres der zuständige Bescheid aufgehoben wurde, konnte man mit den Vorarbeiten anfangen.

Das zweite Problem ist die Bodenbeschaffung, für die im Budget 145 Millionen Schilling vorgesehen sind. Vizebürgermeister Slavik erinnert daran, daß erst vor kurzem die Stadt Wien um 210 Millionen Schilling Gründe aus dem Besitz der Familie Drasche gekauft hat. Somit wurden 1962 rund 400 Millionen Schilling für den Erwerb von Grundstücken bereitgestellt. Er stellt fest, daß alle Städte und Gemeinden ein Bodenbeschaffungs- und ein Assanierungsgesetz brauchen, um die Probleme der Gegenwart lösen zu können. Wer uns in Wien in diesen Bestrebungen behindern möchte, erklärte er mit Nachdruck, befindet sich auf dem Holzweg. Im Zusammenhang richtet er an alle, die irgendwie Einfluß geltend machen können, den Appell, stets zu bedenken, daß für den Ankauf von Grundstücken Steuergelder aufgewendet werden. Es bleibt daher der Grundsatz der Gemeinde Wien, daß auf Kosten der Steuerzahler keine horrenden Gewinne erzielt werden dürfen.

Wien wird auch im kommenden Jahr den Aufbau und den Ausbau der Stadt fortsetzen. Wer Gelegenheit hatte, in den vergangenen Jahren mit Ausländern über Wien zu sprechen, wird ermessen können, wie hoch unsere Stadt eingeschätzt wird (Beifall SPÖ). Und wenn Ausländer stolz sind auf Wien, dann dürfen es auch die Wiener sein. Umsomehr weil unsere großen Leistungen unter schwierigsten Bedingungen vollbracht wurden. Der Finanzreferent stellt hierauf die formellen Anträge.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Meisterorchester mit Meisterwerken in der Stadthalle  
=====

Das 2. Konzert der Veranstaltungsreihe der Stadt Wien

7. Dezember (RK) "Meisterorchester spielen Meisterwerke" in der Wiener Stadthalle findet Sonntag, den 9. Dezember, um 11 Uhr, statt. Das Programm: Jaroslaw Krombholz mit den Wiener Symphonikern spielen von C.M. von Weber Ouverture zu "Abu Hassan", Franz Schuberts 8. Symphonie H-moll ("Die Unvollendete"), Franz Schmidts Zwischenspiel aus "Notre Dame" und Antonin Dvoraks 5. Symphonie E-moll (Aus der Neuen Welt).

Dem steten Bemühen, einen möglichst großen Personenkreis mit wertvoller Musik vertraut zu machen, ist die Anregung eines Konzertabonnements in der Wiener Stadthalle zu danken. In Zusammenarbeit mit Experten verschiedener Organisationen wurde ein Projekt ausgearbeitet, das nahezu 5.500 Personen die Möglichkeit geben soll, Standardwerke der Musikliteratur in erstklassiger Interpretation zu einem niedrigen Eintrittspreis hören zu können.

Die Veranstaltungen finden von heuer Oktober bis März 1963 jeweils an Sonntag-Vormittagen statt. Als Abonnementpreis wurden 80 Schilling, 100 Schilling und 120 Schilling festgelegt, die Abgabe an Organisationen erfolgt zum ermäßigten Preis von 60 Schilling, 80 Schilling und 100 Schilling. Die meisten Abonnements waren noch vor Beginn des ersten Konzertes vergeben.

Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß auch der Verkauf an den Stadthallen-Kassen (Einzelabonnements) gut war. In diesen Fällen handelt es sich tatsächlich um neues Publikum, bzw. um Personen, die keine Möglichkeit hatten, ihr Abonnement durch eine Organisation zu beziehen.

Die Aktion dieser Konzertreihe ist als Experiment zu betrachten, dessen Ergebnis nach Abschluß des letzten Konzertes ausgewertet werden soll (ev. durch Publikumsbefragung über die gewonnenen Eindrücke etc). Der Usus, symphonische Konzerte fast ausschließlich im Musikverein oder Konzerthaus durchzuführen, hat zu der weit verbreiteten Ansicht geführt, daß allein dieser Rahmen für seriöse Konzerte geeignet ist. Da diese Säle aber bekanntlich nur 1.800 Personen fassen, dementsprechend

die Kartenpreise wesentlich höher gehalten werden müssen und dadurch der Publikumskreis automatisch eingeengt ist, ferner zahlreiche Konzertzyklen (Philharmonische Abonnementkonzerte, "Die große Symphonie" im Musikverein) alljährlich überzeichnet sind, kann durch diese Konzerte kaum neues Publikum gewonnen werden. Die Konzertreihe in der Stadthalle gibt mehr als 5.000 Personen die Möglichkeit, die beiden bedeutendsten Wiener Orchester kennen zu lernen, wertvolle Musik zu hören und dafür nur einen bescheidenen Betrag zahlen zu müssen.

- - -

Zwei Männer zwischen Lastauto und Straßenbahn zerquetscht  
=====

7. Dezember (RK) Heute früh um 7.28 Uhr stießen bei der Haltestelle Belvederegasse der 59jährige Eduard Walter, 21, Donaufelder Straße 44/2/1/6, und der 23jährige Gottfried Rybar, 10, Gellertgasse 23/2/24, aus einem 67er Wagen. Während sie entlang des stehenden Straßenbahnzuges vorgingen, setzte sich ein danebenstehender LKW mit Anhänger, der vom Lenker Franz Grassl, 17, Blumauergasse 75/15, gesteuert wurde, in Bewegung. Die beiden Männer wurden zwischen der Triebwagen-Seitenwand und der linken Bordwand des Anhängers eingeklemmt und "mitgewalkt". Sie wurden vom städtischen Rettungsdienst in bewusstlosen Zustand in das Unfallkrankenhaus Meidling gebracht. Beide hatten Brustkorbkompressionen. Sie sind im Spital gestorben.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

### Die Budget-Generaldebatte

Als erster Redner der General- und Spezialdebatte ergreift GR. Lauscher (KLS) das Wort. Er stellt einleitend fest, daß das Budget wiederum um 400 Millionen Schilling gestiegen ist. Darin erblicke er den Beweis dafür, daß der Schilling auch im kommenden Jahr wieder kleiner wird. Einer jahrelangen Praxis entsprechend, sind die Ansätze für das kommende Jahr wieder sehr vorsichtig gehalten. Die Bezüge der Gemeindebediensteten bleiben unverändert, auch wenn lobend hervorgehoben werden muß, daß die Gemeindebediensteten eine Zuwendung bekommen werden. Der Redner bezeichnet sie aber als zu gering und den Zeitpunkt der Auszahlung als viel zu spät angesetzt. In allen Sparten der Gemeindeverwaltung fehle es am Personal, sodaß dieser Mangel an Arbeitskräften bereits zu einer Lebensfrage der Stadt geworden ist. Er verweist darauf, daß Stadtrat Schwaiger bereits Betriebs-einschränkungen bei den Verkehrsbetrieben in Aussicht gestellt hat. Die Gehälter der Gemeindebediensteten bezeichnet er im Vergleich mit den Verdienstmöglichkeiten in der Privatwirtschaft als sehr unzureichend. Sie müssen daher erhöht und den Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Das gilt vor allem für die Anfangsbezüge der jüngeren Gemeindebediensteten.

Ungelöst ist auch das Wohnungsproblem. Hier haben wir es, erklärt er, mit einem Spiel der Zahlen zu tun. Wieviel tatsächlich die Gemeinde Wien baut, sehen wir mit eigenen Augen, nämlich immer weniger. Er stellt fest, daß im kommenden Jahr wieder mit einem Rückgang im Bau von Gemeindewohnungen zu rechnen sei. Wenn Vizebürgermeister Slavik darüber gesprochen hat, daß der Wohnungsbau für die Stadtverwaltung die wichtigste Aufgabe bleibt, dann müsse man ihm beipflichten. Die Praxis zeigt aber leider das Gegenteil. Der Redner spricht sich dann gegen die hohen Mieten in städtischen Neubauten aus.

Wir müssen zu dem alten Grundsatz zurückkehren, daß die Mietzinse in Gemeindebauten nur die Betriebs- und Instandhaltungskosten decken, nicht aber auch die Baukosten amortisieren sollen.

Das ist von größter Bedeutung für die Sicherung des Mieterschutzes und die Gewährleistung allgemein niedriger Mietzinse. Dagegen verlangen die Hausherren und ihre Helfershelfer eine allgemeine Mietzinserhöhung. Wenn man bedenkt, daß ihre Althäuser längst amortisiert sind, muß man ihre Wünsche als unerhörte Herausforderung bezeichnen. Sie sind es auch, die mit der Wohnungsnot ihre schäbigen Geschäfte machen. Die KLS-Fraktion stelle daher folgenden Antrag: "Der Gemeinderat wendet sich empört gegen die Versuche der Hausbesitzer und ihrer Vertreter, unter dem Schlagwort Mietzinsgerechtigkeit und Mietenreform eine Erhöhung der Mietzinse zu erreichen. Der Gemeinderat gibt der Meinung Ausdruck, daß die Erhaltung und Instandhaltung der Wohnhäuser ohne Mehrbelastung der Mieter durch Schaffung eines Reparaturfonds möglich ist!" Weiter verlangt der Redner die Besteuerung freistehender Wohnungen, eine Hausherren-Steuer, den vermehrten Bau von Gemeindewohnungen und eine Hilfe an junge Bürger bei der Hausstandseründung.

Zur Bewältigung des zunehmenden Verkehrs erklärt GR. Lauscher, daß der Bau von Straßen und Brücken Stückwerk bleiben muß, wenn nicht gleichzeitig dem öffentlichen Verkehr mehr Augenmerk zugewendet wird. Wenn etwa für die Verkehrserschließung von Liesing, wo neue Wohn- und Industriegebiete entstehen, nur zehn Autobusse neu angeschafft werden sollen, so sei das eine "Greißlerei", aber keine wirkliche Lösung des Verkehrsproblems. Da die Stadtbahn neben der Schnellbahn jenes öffentliche Verkehrsmittel ist, das noch am besten funktioniert, soll das notwendige Verbindungsstück zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke als Verlängerung der Stadtbahn gebaut werden und nicht mit der Alweg-Bahn experimentiert werden. Unter Hinweis darauf, daß die Gemeinde das Recht und die Pflicht habe, vom Bund Beiträge für den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes Wiens zu fordern, stellt er weiter den Antrag, jetzt schon für die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen die Forderung auf entsprechende Bundeszuschüsse oder Anteile an Bundeseinnahmen für den Ausbau der Straßen und des Verkehrsnetzes Wiens anzumelden.

Nach einem weiteren Antrag soll der Finanzreferent beauftragt werden, dafür einzutreten, daß der Stadt Wien die gewaltige Last des Betriebsabganges der Krankenanstalten in einem erheblichen Maß abgenommen wird. Weiter beantragt er, den Finanzreferenten zu beauftragen, noch vor Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen dem Gemeinderat zu berichten.

GR. Lauscher befaßt sich dann mit den letzten beiden Wiener Stadtanleihen und erklärt, daß sie für die Leute, die zu zeichnen in der Lage sind, sehr günstig waren, weniger aber für die Stadt selbst und im besonderen für die Wiener Stadtwerke. Für erhaltene 784 Millionen müßten im Laufe der Jahre 1.489,2 Millionen für Kapitalrückzahlung und Zinsendienst aufgewendet werden.

Da die Entscheidungen darüber, auf welches Wirtschaftskonzept Österreich sich festlegt, für die Bundeshauptstadt einschneidende Folgen haben muß, darf die Gemeinde Wien an der Frage der Assoziierung Österreichs mit der EWG nicht vorbeigehen. Österreich steht unter keinem wirtschaftlichen Zwang, sich mit der EWG zu assoziieren. Wozu soll sich Österreich in ein Abenteuer einlassen, das die Neutralität in Gefahr bringt? Eine Assoziierung Österreichs mit der EWG würde zur Niederlassungsfreiheit für alle natürlichen und juristischen Personen in unserem Lande führen, die ihren Sitz im EWG-Raum haben, und der Kapitalverkehr müßte liberalisiert werden. Welche Auswirkungen das hätte, zeigt sich schon heute. Die Totengräber Österreichs wären darüber nur erfreut. Heute schon seien etwa 20 Prozent der österreichischen Industrie in ausländischen Händen. Dieser Ausverkauf gefährdet die Beschäftigungslage, weil ausländische Stammhäuser in Zeiten schlechter Konjunktur immer zuerst ihre ausländischen Kapazitäten weniger auslasten oder gar stilllegen. Die vom Außenminister in seiner Erklärung zum Assoziierungsgesuch verlangten Sonderrechte stellen ein unbedingtes Minimum dar. Wie die Dinge aber heute stehen, will die EWG Österreich nicht einmal dieses Minimum konzedieren. Darum verlangen wir, sagt GR. Lauscher, daß die Regierung das Assoziierungsansuchen zurückzieht und mit der EWG nur über den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens verhandelt, das gegenseitige Zollsenkungen entweder mit der EWG selbst oder mit jedem einzelnen EWG-Land enthält.

Gemeinderat Lauscher kommt sodann auf das Ergebnis der Nationalratswahl zu sprechen, das von der ÖVP nun dazu benützt werden soll, die verstaatlichte Industrie dem privaten Kapital zu übergeben. Er stellt einen Beschlusantrag nach dem der Wiener Gemeinderat gegen diesen Plan im Interesse der Bevölkerung unseres Landes energisch Stellung nehmen müßte. Von den beiden großen Parteien wurden während des Wahlkampfes viele Versprechen abgegeben, die auch die Gemeindepolitik betreffen. Im Wiener Gemeinderat haben die Sozialisten die absolute Mehrheit und hätten daher auch die Möglichkeit, ihre Versprechen in die Tat umzusetzen. Da der vorliegende Budgetentwurf dem jedoch nicht Rechnung trägt, werde die KLS zwar den Ansätzen einzelner Gruppen zustimmen, die übrige Finanzpolitik jedoch ablehnen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, man dürfe das Budget für 1963 nicht nur vom Standpunkt der Verwaltung aus betrachten, sondern auch mit den Augen der Bevölkerung. Die größte Not und Sorge der Bevölkerung sei jedoch die Lösung des Wohnungsproblems. Im Haushaltsplan für 1963 ist der Bau von 5000 Wohnungen im sozialen Wohnhausbau vorgesehen. Diese Zahl erscheint zwar im ersten Moment respektabel, im Vergleich zu früheren Jahren, ist sie jedoch eher niedrig. Sicherlich sind die für den Wohnungsbau veranschlagten Beträge höher, man darf aber nicht vergessen, daß die Baukosten ständig gestiegen sind. Der Vizebürgermeister hat darauf verwiesen, daß durch die Stadtverwaltung der Bau von weiteren 7000 Wohnungen gefördert wird. Für diese Wohnungen müssen jedoch die Mieter bedeutende Mittel aufbringen, sodaß sie also gerade für die sozial bedürftigste Schicht der Bevölkerung nicht in Frage kommen. Natürlich weiß jedermann, daß die Baukapazität voll ausgelastet ist, man dürfe daher aber im Wohnungsbau allein nicht das Mittel zur Lösung des Wohnungsproblems sehen.

Die zweite Hauptsorge der Wiener Bevölkerung ist die Lösung des Verkehrsproblems. Der Verkehr wird immer stärker. Hatten wir im Dezember 1960 einen Stand an Kraftfahrzeugen von 209.084, so waren es im September 1962 bereits 240.892. Der Individualverkehr ist sprunghaft gestiegen und das Verkehrschaos wird immer größer. Im Budget 1963 sind zahlreiche Projekte im Straßen-, Brücken- und Wasserbau vorgesehen, unter anderem

endlich auch der Ausbau der Zweier-Linie. Der Ausbau soll mit dem Bau einer Fußgängerpassage unter der Kreuzung Mariahilfer Straße-Lastenstraße begonnen werden. Das bedeutet eine Umlegung des Individualverkehrs und eine noch größere Belastung der Ringstraße. Es erhebt sich daher die Frage, ob es zweckmäßig ist, zur gleichen Zeit eine Passage bei der Operngasse zu bauen. Man müßte sich überhaupt viel mehr auf Großprojekte konzentrieren und die Baukraft nicht mit einigen kleineren Bauvorhaben verzetteln. Leider sieht der Voranschlag für das große Projekt des Umbaus des Karlsplatzes wieder keine Mittel vor, obwohl unser Stadtplaner es seinerzeit als das vordringlichste Projekt bezeichnet und der Wiener Gemeinderat im Februar 1962 seine Zustimmung hierzu gegeben hat. Aus der Presse erfuhr man nun, daß Vizebürgermeister Slavik die 42 Millionen Schilling, die für die Verlegung der Stadtbahnstation gebraucht würden, als zu hoch bezeichnet hat und das Geld nicht bereitstellen will. Es sei unverständlich, daß man, obwohl dem ursprünglichen Projekt bereits ein billigeres vorgezogen wurde, nun auch von diesem billigeren Projekt noch Kosten streichen will. Man sollte derartige große Bauvorhaben großzügig lösen oder wenn schon nicht anders möglich, wenigstens nicht auch noch für die Zukunft "verplanen". Einige Verkehrsbauten unserer Stadt, die erst vor einigen Jahren errichtet wurden, entsprechen heute schon nicht mehr den Anforderungen. Dazu gehört unter anderem der Matzleinsdorfer Platz und auch die Ringtumkanal-Kreuzung. Nach dem Generalverkehrsplan würde eine Reihe großer Projekte die ganze Finanz- und Leistungskraft der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob dieser Generalverkehrsplan überhaupt noch berücksichtigt wird. Der Redner ersucht um Mitteilung, ob die Zeitungsmeldungen zutreffen, nach denen Prof. Rainer als Stadtplaner zurückgetreten sein soll. Es sei bedauerlich, daß gewählte Vertreter des Gemeinderates derartiges erst aus den Zeitungen erfahren müssen. Kein Geheimnis sei es, daß das Projekt Karlsplatz gegen die Intensionen des Stadtplaners gelöst werden soll, und daß man die Verbauung der Grünflächen in den westlichen Wiener Bezirken entgegen den Vor-

schlägen des Stadtplaners durchführt. Man weiß auch, daß der Stadtplaner gegen den Abbruch der Häuser in der Sterngasse war und auch den Bau einer Gondelbahn auf den Kahlenberg ablehnt.

GR. Dr. Schmidt beschäftigt sich sodann mit einer weiteren Forderung, dem Ausbau der Massenverkehrsmittel. Die Herstellung einer Verbindung von Hernals mit Hietzing durch die Vorortelinie, sagte er, wird schon seit Jahren ohne geringsten Erfolg gefordert. Er verweist dabei auf die Schnellbahn, die sich überraschend gut bewährt hat. Die Gemeinde Wien müßte auch bezüglich der Vorortelinie beim Verkehrsministerium energischer vorgehen.

Zu den geplanten Spitalsbauten nimmt er eine positive Stellung, warnt aber vor überstürzten Beschlüssen, wie es beim Neubau des Rudolfspitales der Fall war. Jeder Krankenhausbau, erklärte er, erfordert eine langfristige Planung. Auf dem Sektor des Gesundheitswesens, stellt er fest, gibt es ein von Jahr zu Jahr steigendes Defizit, welches allerdings auf die Wirtschaft des Bundes zurückzuführen ist. Der Finanzreferent müßte daher größere Anstrengungen unternehmen, um vom Bund mehr Mittel für die Spitäler zu bekommen. Den Wassermangel in Wien bezeichnet er als ein drückendes Problem. Für die Zukunft muß man damit rechnen, daß der Wasserverbrauch ständig steigen wird. Man müßte daher rechtzeitig die richtige Initiative für den Ausbau unserer Wasserversorgung treffen.

Der Wohnungsbau, der Verkehr, das Gesundheitswesen und die Wasserversorgung, erklärt er, sind die Hauptaufgaben unserer Stadtverwaltung. Der Wiener neigt dazu, sich an negative Erscheinungen zu gewöhnen, wie etwa den frühzeitigen Ladenschluß der Lebensmittelgeschäfte an Samstagen, an gesperrte Gasthäuser an Sonntagen, an die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse usw. Das alles sind Erscheinungen, die geeignet sind, den Ruf Wiens auf ein Provinzniveau sinken zu lassen.

Die Steigerung der Einnahmen und Ausgaben um zehn Prozent, wie sie im Voranschlag ausgewiesen wird, wertet er als ein Zeichen einer ernstesten Strukturkrise unserer Wirtschaft. Zweifels- ohne, erklärte er, haben wir es mit inflationistischen Tendenzen

zu tun. Von den Kreditaktionen der Gemeinde Wien hält der Redner nicht viel; die Gemeinde Wien stellt Kredite bereit, andererseits aber bedroht sie durch die Schaffung von eigenen Großbetrieben die Wirtschaftstreibenden. Beim vorliegenden Budget ergibt sich wieder der Verdacht, daß es sich hier um eine Budgetfassade handelt, denn Ausgaben, die jetzt schon bekannt sind, scheinen in diesem Voranschlag nicht auf. Ein Beispiel hierfür sind die Instandsetzungsdarlehen, für die dann später im Widerspruch zu den Ansätzen immer mehr Mittel bereitgestellt werden. Das gilt auch für die Ausgaben, die für Grundankäufe zur Verfügung gestellt werden. 1962 waren für Grundankäufe 65 Millionen Schilling eingesetzt, die Drasche-Gründe kosteten aber allein 210 Millionen Schilling. Die vorsichtigen Schätzungen, erklärt der Redner, haben nämlich für den Finanzreferenten den Vorteil, daß er später über Mehrausgaben unumschränkt entscheiden kann. Dem Gemeinderat bleibt da nichts übrig, als diese Überschreitungen gutzuheißen. Nicht die Verwaltung und auch nicht der Finanzreferent haben über diese Überschreitungen zu entscheiden, sondern allein der Gemeinderat als Volksvertretung. Bei der jetzigen Vorgangsweise wird der Gemeinderat bestenfalls in die Rolle eines Kontrollorgans getrieben.

Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion die Anträge des Finanzreferenten ablehnen wird, was sie aber nicht hindern soll, die Ansätze einiger Geschäftsgruppen gutzuheißen.

Als Debattenredner der ÖVP kommt dann GR. Haag zu Wort. Einleitend stellt er fest, daß die Leistungen im kommenden Jahr vor allem der Tüchtigkeit und dem Fleiß der Wiener Bevölkerung zu danken sein werden. Der Voranschlag für das Jahr 1963 soll in seinen Auswirkungen dem dienen, der die Einnahmen der Stadtverwaltung ermöglicht, nämlich dem Wiener, dem Menschen der Großstadt.

Seiner Auffassung nach ist bei allen Betrachtungen der Mensch in den Mittelpunkt zu stellen. Er setzt sich dann mit Meinungen auseinander, denen nach die Gemeinderäte nur eine beobachtende und kontrollierende Funktion haben. Er erklärt demgegenüber, die Gemeinderäte wären geradezu verpflichtet, als Volksvertreter schon an der Gestaltung des Budgets mitzuwirken. Eine nähere Betrachtung des Voranschlages lasse beinahe den Verdacht aufkommen, daß hier ein gewissermaßen chiffriertes Budget vorliegt. Es ist eine finanztechnische und wirtschaftliche Selbstverständlichkeit, sagt er, daß nicht alle großen Vorhaben der Stadt in einem Jahr realisiert werden können. Es müssen also jedes Jahr bestimmte Mittel oder ein bestimmter Betrag zur Verfügung gestellt werden. Da aber zwischen dem grundsätzlichen Beschluß und einem oder mehreren Nachträgen bis zur Fertigstellung Jahre vergehen, verliert man die notwendige klare Übersicht. Als Beispiel führt er den Bau des Volksrestaurants am Cobenzl an, der 1960 mit einem ursprünglichen Kostenaufwand von 17 Millionen Schilling beschlossen wurde. Heuer mußte dann eine Kreditüberschreitung von 5,1 Millionen bewilligt werden, die allerdings nach Überprüfung des Kontrollamtes um 1,4 Millionen Schilling herabgesetzt werden konnte. Im Juni dieses Jahres hieß es, daß im Voranschlag 1963 2,030.000 Schilling für die Fertigstellung des Restaurants eingesetzt werden sollen. Jetzt finden wir aber im Budget 2,1 Millionen Schilling für diesen Zweck. Hier handelt es sich zwar nur um einen geringen Betrag, sagt er, aber immerhin deutet er auf eine mangelhafte Planung hin. Der Redner erneuert im Zusammenhang damit das Verlangen der ÖVP auf Schaffung eines Budgetausschusses, ähnlich wie im Nationalrat.

Gemeinderat Haag weist dann darauf hin, daß der Voranschlag nicht die gesamte Finanz- und Wirtschaftskraft der Gemeinde Wien enthält. Die Stadtverwaltung ist ja außerdem an rund 50 sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 5,5 Milliarden Schilling beteiligt. Die ÖVP bejaht die traditionelle Betätigung der Gemeinde auf dem Gebiet der Versorgungsunternehmungen und des öffentlichen Verkehrs. Die Stadt Wien ist aber nicht dazu berufen, auf anderen wirtschaftlichen Gebieten Betriebe zu führen. Eine ganze Reihe dieser Unterneh-

mungen ist außerdem passiv und kostet dem Steuerzahler viel Geld. Der Redner fragt, ob zum Beispiel die Gründung einer eigenen Baustoffgroßhandels-gesellschaft eine Forderung der Bevölkerung sei. Die Schaffung eines solchen Unternehmens dürfte vielmehr den Zweck haben, noch mehr Einfluß zu gewinnen und der Privatwirtschaft Konkurrenz zu machen.

Natürlich gibt es Betriebe, deren Gründung begrüßenswert ist, zum Beispiel die Stadthalle. Wenn aber das Gesellschaftskapital wegen einer Filmproduktion um acht Millionen aufgestockt wird, so handeln die Sozialisten hier in spekulativer Unternehmersucht. Alle Maßnahmen der Gemeinde Wien haben jedoch in erster Linie den öffentlichen Interessen zu dienen. Das Leben in einer modernen Großstadt bringt Probleme, die nur in der Gemeinschaft gelöst werden können. Dazu ist allerdings ein langfristiges Konzept nötig. Die Fragen der Entwicklung unserer Stadt, die Schaffung befriedigender Wohnverhältnisse, die akuten Probleme des öffentlichen und des Individualverkehrs, die Probleme der Erholung und die Erfüllung kultureller Bedürfnisse müssen unsere zentrale Aufgabe sein.

Der Redner würdigte dann den Beitrag der ÖVP und ihrer Wiener Funktionäre an der Aufbauleistung unserer Stadt. In den Leistungen der Gemeinde fand diese Mitarbeit und Zusammenarbeit ihren Ausdruck; so muß auch der Voranschlag 1963 als ein Budget der Zusammenarbeit gesehen werden.

Noch nie waren die Ausgaben des Wiener Budgets höher als sie im kommenden Jahr sein werden; eine Milliarde allein ist für den Wohnbau vorgesehen. Trotzdem bleibe das Wohnungsproblem ungelöst.

Der Redner kritisiert die Grundstückspolitik der Gemeinde, die fast alles kauft, was ihr angeboten wird. Durch diese teuren Grundkäufe wird auch die Zinsbildung im sozialen Wohnungsbau ungünstig beeinflusst. Die ÖVP ist der Ansicht, daß der sogenannte zinsteure Wohnungsbau überwiegend dem Genossenschafts- und Eigentumswohnungsbau übertragen werden sollte. Die Gemeinde hätte die Aufgabe, mehr Baurechtsgründe an Baugenossenschaften zu übertragen. Eine wichtige Aufgabe hat auch die Stadtplanung zu lösen. Der Realisierung des städtebeulichen Grundkonzeptes kommt eminente Bedeutung zu. Der Stadtplaner müßte dem Gemeinderat jähr-

lich einen Zwischenbericht über den Fortschritt seiner Arbeiten geben.

Eine eminent wichtige Frage: das Verkehrsproblem. Das Beispiel des Matzleinsdorfer Platzes warnt uns, nur Stückwerkplanung auf kurzfristige Sicht zu realisieren. Wien gibt fünf Prozent seiner Budgetmittel - 218 Millionen - für den Straßenbau aus. Andere Städte, wie Hamburg, Frankfurt und Köln, wenden zwischen 500 und 950 Millionen Schilling für diese Zwecke auf. Im Vergleich zu anderen Städten kann man daher in Wien leider erst von Ansätzen zur Schaffung einer zweiten Verkehrsebene sprechen.

Die Technik, genauer gesagt die Industrialisierung, hat eine tiefgreifende Veränderung in der Lebensweise des Städters mit sich gebracht. Die so entstandenen Probleme werden vor allem in den dichtverbauten Stadtgebieten besonders akut. So hat zum Beispiel die Lärmplage bei uns schon ein fast unerträgliches Maß erreicht. Mit Appellen und gesetzlichen Vorschriften allein wird keine echte Abhilfe geschaffen. Die Gemeinde müßte selbst die Initiative ergreifen. So dürften die Wohnanlagen nicht direkt an verkehrsreichen Straßen angelegt werden. Auch die Anlage von Baumreihen und Grünflächen würde nicht nur das Luftreservoir vergrößern, sondern auch der Abschirmung vor dem Lärm dienen.

Wien ist im Vergleich zu anderen Städten von der Natur reich begünstigt. Wir haben den Wald- und Wiesengürtel und den Wienerwald. Wir haben ein einmaliges Erholungsgebiet, aber dieses ist in Gefahr und muß geschützt werden. Wir müssen auf wilde Siedler aufpassen, auf ungünstige Parzellierungen, wir müssen falsche Standorte von Industriebetrieben vermeiden. Eine glückliche Lösung ist zweifellos die Zusammenarbeit mit Niederösterreich in Laxenburg. Ähnlich müßte man auch in anderen Gebieten vorgehen.

Heute ist die Förderung der Kunst von den alten Kunstmäzenen, der Kirche, den Herrscherhäusern, Ordenshäusern und einigen Privaten auf die öffentliche Hand übergegangen. Wir erwarten von der Stadt die Erhaltung wertvoller Kulturdenkmäler, die Förderung der Künstler, den Ausbau von Bildungs- und Unterrichtseinrichtungen. Wir freuen uns darüber, daß die Gemeinde Wien eine alte Forderung der ÖVP erfüllte, und sich am Theater an der Wien beteiligt hat.

Auf dem Gebiet der Schule ist es ein dringendes Anliegen, die Landesdurchführungsverordnungen zu den vom Bund geschaffenen Gesetzen zu erlassen. Dabei möge die alte Forderung der ÖVP berücksichtigt werden: Das gleiche Recht für alle Schüler, egal ob sie öffentliche oder Privatschulen besuchen! (Beifall bei der ÖVP).

Dank der herrschenden Vollbeschäftigung und Prosperität ist die Zahl der Dauerfürsorgten von 27.550 im Jahre 1950 auf 8.530 im Jahre 1961 zurückgegangen. Aber darüber, wie diese Menschen, die ihr Schicksal nicht mehr aus eigener Kraft meistern können, befürsorgt werden sollen, sind unsere Auffassungen diametral entgegengesetzt. Während die SPÖ für ein absolutes Fürsorgemonopol eintritt, ist die ÖVP der Ansicht, daß jeder, der helfen kann und will, herzlichst dazu eingeladen ist. Wir möchten daher, daß die Caritas, das Kolpinewerk, das Evangelische Hilfswerk und viele andere finanziell unterstützt werden, da nach unserer Meinung mit subsidiärer Unterstützung mehr erreicht werden könnte als bisher (Beifall bei der ÖVP).

Wir haben ein vorbildliches Gesundheitswesen. Dennoch sind neue Probleme aufgetaucht, vor allem die Medikamentensucht unserer Bevölkerung. Stadtrat Dr. Glück sollte hier auch weiterhin aufklärend wirken. Auf dem Sektor der Spitals-Um- und Ausbauten ist bereits viel geschehen, und wir hoffen, daß 1963 wirklich mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses begonnen werden kann. Die ÖVP hat in den Jahren seit 1945 stets ihren Beitrag zum Wohl der Stadt geleistet, und ihre Mitarbeit im Gesundheitswesen ist einfach nicht mehr hinwegzudenken.

Es gibt aber noch andere Fragen. Bei demokratischer Gesinnung sollte die Sozialistische Partei in diesem Hause nicht alle unsere Vorschläge ablehnen. Manchmal sind sie später in abgeänderter Form wieder aufgetaucht, dann allerdings mit Antragstellern der SPÖ. Das ist nicht sehr schön und nicht sehr demokratisch. Überhaupt ist uns die Zusammenarbeit in diesem Haus nicht immer leicht gemacht worden. Ein Grund liegt in der alten, einer modernen Demokratie widersprechenden Verfassung. Unser Ruf nach einer Änderung dieser Verfassung wird nicht verstummen.

Es gilt auch im neuen Jahr begonnene Werke fortzusetzen und neue zu schaffen. Unser geliebtes Wien soll noch schöner werden, seiner Bevölkerung soll ein gesteigerter Wohlstand zuteil werden. Die Ansätze des Voranschlages für 1963 scheinen diesen aufrichtigen Wunsch zu rechtfertigen, und die ÖVP wird ihnen die Zustimmung erteilen (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) hebt hervor, daß man so wenig wie von jeder Messe von jedem Budget Sensationen erwarten kann. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß von einer Funktionsperiode zur anderen eine Zäsur eintreten kann. Auch in einer Verwaltung geht das Leben normal weiter. Immerhin weiten sich die Verpflichtungen einer Gemeinde ständig aus; nicht weil man nach neuen Aufgaben sucht, sondern weil die Zeiterfordernisse sie hervorbringen.

Drei Gruppen neuer Aufgaben sind seit 1945 sichtbar angewachsen: Zunächst die vorübergehenden Aufgaben der Kriegsschädenbehebung, der Besetzung, der Bewirtschaftung, die Flüchtlingsfrage, die Frage Groß-Wien. Nach dem Krieg sind zwei große Aufgaben zugewachsen, die vorher im Bereich der Kommunalverwaltung überhaupt nicht aufgeschienen sind: das Spitalsproblem und das Kulturproblem. Schließlich müssen wir auch dem Strukturwandel, der Bevölkerungsverschiebung Rechnung tragen. Während einer Funktionsperiode, also in fünf Jahren, beträgt der Zu- und Abzug nach und von Wien ungefähr eine Viertelmillion Menschen! Nicht mitgerechnet sind dabei die großen Verschiebungen innerhalb Wiens und auch nicht die rein bevölkerungspolitische Entwicklung, Geburten und Sterbefälle. Infolge der günstigen Geburtenentwicklung werden wir in ein paar Jahren mehr Kinderkrippen- und Kindergärtenplätze brauchen. In weiterer Folge werden mehr Schulplätze notwendig sein. Das Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge von 1939 bis 1942 bedeutet eine zusätzliche Verschärfung des Wohnungsproblems. Natürlich kann man das voraus berechnen, aber es sind Größenordnungen, mit denen man einfach nicht fertig wird.

Die Vollbeschäftigung, der Personalmangel im öffentlichen Dienst, der Personalmangel auf dem Bausektor, die Frauenarbeit mit all ihren Konsequenzen, das Problem des höheren Lebensalters,

alle diese Tatsachen stellen die Stadtverwaltung vor weitere neue Probleme. Bei der Lösung der menschlichen Probleme in der Altersversorgung müsse man Stadtrat Maria Jacobi danken, die in verhältnismäßig kurzer Zeit hier viel geleistet hat.

Auf dem Wohnungssektor ist die qualitative Wohnungsnot viel bedeutender als die quantitative. Ein Großteil der Bevölkerung lebt in Wohnungen und Häusern, die nicht nur den heutigen Vorstellungen nicht entsprechen, sondern vielfach auch den gesundheitlichen Erfordernissen nicht Rechnung tragen. Mit Recht hat ein Vorredner darauf verwiesen, daß es in den inneren Bezirken zu wenig Grünflächen gibt. Hier wird es jedoch kaum eine Lösung geben. Bestehende Parkanlagen wurden von der Stadtverwaltung jedoch modern und zweckentsprechend ausgestaltet.

Zur Frage über die Anwendung des städtebaulichen Grundkonzeptes ist zu sagen, daß der Wiener Gemeinderat nicht das Grundkonzept beschlossen hat, sondern ein Punkteprogramm mit grundsätzlichen Richtlinien. Das Konzept als Gesamtheit konnte nicht beschlossen werden, da sonst ständig Novellen notwendig geworden wären. Auf dem Gebiete des Verkehrswesens konnte sich kaum jemand vor Jahreneine derartige Entwicklung vorstellen. Bei aller Schätzung des Individualverkehrs müsse jedoch das Hauptinteresse dem Massentransportmittel gelten.

Daß das Schulmodernisierungsprogramm so bald abgeschlossen sein wird, hätte man vor Jahren nicht zu denken gewagt. Konsequenzen werden sich jedoch aus der Einführung des neunten und eventuell späteren zehnten Schuljahres ergeben.

Auch auf dem Spitalsektor hat sich in den letzten zwanzig Jahren allein schon durch neue Behandlungsmethoden viel geändert. Unverständlich sei die Kritik des FPÖ-GR. Dr. Schmidt wegen des zu frühen Baubeginnes im Rudolfsplatz. Jeder Tag, den es früher in Angriff genommen wird, sei doch zum Vorteil der Patienten (Beifall bei der SPÖ und ÖVP). Viel zu lange schon ist der Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses Diskussionsgegenstand. Viel Geld wurde durch das Hinausschieben des Baues unnötig vergeudet. Die Mehrkosten sollte man von jenen bezahlen lassen, die an der Verzögerung schuld sind. (Beifall.)

Nicht vorhersehen konnte man vor Jahren, daß die Müllbeseitigung zu einem Problem wird. Bis vor kurzem war es völlig klar, den Müll auf einer Mistablagerungsstätte abzuleeren. Heute stehen aber nicht mehr die entsprechenden Grundflächen zur Verfügung und die Transportkosten sind sehr hoch. Nun plant man bereits eine zweite Müllverbrennungsanlage, während die erste noch im Bau ist. Ist dieses Problem gelöst, dann wird der Hochwasserschutz aktuell sein oder der Zivilschutz oder irgend etwas anderes. Es wird also immer neue Möglichkeiten geben, für die große Mittel aufgewendet werden müssen. Die Aufgabe der Stadtverwaltung wird es sein, die Steuermittel gut zu verwalten, mit ihnen sorgsam umzugehen und auch die Kontrolle und die Planung in der Hand zu behalten. (Beifall bei der SPÖ). Wenn man sich den Umfang der Leistungen der Stadtverwaltung vergegenwärtigt, so kann man verstehen, daß der Spielraum bei der Budgeterstellung von Jahr zu Jahr geringer wird. Es sind große Beträge einfach durch den Flap, der verfolgt wird, gebunden. Das gilt nicht nur für Wien. Der Landeshauptmann der Steiermark hat kürzlich bei der Erstellung des Budgets darauf verwiesen, daß rund 83 Prozent der Ausgaben gebunden sind. Nur etwa 16,2 Prozent unterliegen dem freien Ermessen. In Konsequenz derartiger Feststellungen kann man nur die ernste Mahnung an alle richten, nicht immer wieder Anträge zu stellen, die im Budget keine Bedeckung finden können. Es sei daher auch nicht zu verstehen, daß GR. Lauscher für seine Fraktion feststellte, den Ansätzen einzelner Gruppen zustimmen zu wollen, das gesamte Budget jedoch ablehnen zu müssen. Die Budgetdebatte sollte von den Diskussionsrednern auch nicht für langschweifige Rückblicke verwendet werden. Bei der Diskussion des Voranschlages sollte man nach vorne blicken. Rückblicke seien vielmehr bei der Debatte über den Rechnungsabschluß, den Kontrollamts- und den Rechnungshofbericht geeignet. Manche Mißverständnisse müßten dann nicht lange Zeit mit herumgeschleppt werden.

GR. Dr. Stemmer beschäftigt sich dann mit der aufgeworfenen Frage, in welchem Ausmaß der Gemeinderat an der Verwirklichung des Budgets mitwirken könne, und zählt dann die in diesem Jahr stattgefundenen Sitzungen im Wiener Rathaus auf. So wurden 48 Sitzungen der Landesregierung und 55 Sitzungen des Wiener Stadtsenates abgehalten, der Landtag tagte sieben Mal, der Gemeinderat acht Mal. Außerdem gab es 120 Sitzungen der Gemeinderatsausschüsse und 95 Sitzungen der Bezirksvertretungen. Wenn jetzt jemand kommt und behauptet, die Überschreitungen wurden vom Gemeinderat hinterher unterbreitet, dann muß die Frage gestellt werden, was der betreffende Kritiker in den Sitzungen getan hat. Es ist auch wenig verständlich, wenn GR. Mühlhauser in einem Zwischenruf sagt: "Ein Sieben-Milliarden-Budget und der Bund soll alles zahlen"! Dr. Stemmer verweist auf die Verpflichtung des Bundes, die Aufgaben der öffentlichen Körperschaften zu berücksichtigen. Die Legende, daß die Länder und die Gemeinden alles vertun, was sie vom Bund bekommen, bezeichnet er als ungesund.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Wohnungsbau und stellt fest, daß die finanzielle Vorsorge niemals ein Hindernis für den Wohnungsbau war. Schwierigkeiten, die aufgetreten sind, waren technischer Natur und sind vor allem auf den Arbeitskräftemangel zurückzuführen. Was die Grundbeschaffung betrifft, ist und bleibt sie eine Hauptvoraussetzung für den Wohnungsbau. Wenn der Finanzreferent erklärt, er sei bereit, noch mehr Mittel für Grundankäufe bereitzustellen, dann muß dazu gesagt werden: aber nicht um jeden Preis! Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn der neue Nationalrat endlich zu einer Lösung der Bodenbeschaffungs- und Assanierungsfrage kommen würde.

Die Verkehrsprobleme rangieren der Wichtigkeit nach auf dem zweiten Platz, allordings sei besonders empfohlen, auf diesem Gebiet vorsichtig zu planen. Der Redner erinnert daran, daß sich zwei Drittel der Zürcher Bevölkerung gegen den Bau einer kostspieligen Untergrundbahn ausgesprochen haben. Abschließend erklärt er, die Sozialistische Partei bestehe auf dem Standpunkt, daß ein Budget stets den kommenden Aufgaben der Stadtverwaltung Rechnung tragen muß. Der vorliegende Voranschlag entspricht diesen Vorstellungen und wird sich für die Weiterentwicklung Wiens vorteilhaft auswirken. Die SPÖ-Fraktion wird daher diesem Voranschlag zustimmen.

Vizebürgermeister Slavik nimmt in seinem Schlußwort zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung. Die Kapazität im Bauwesen, sowohl im Tief- wie auch im Hochbau, sagt er, ist gegenwärtig voll ausgenützt und reicht jährlich für die Errichtung von 10.000 bis 12.000 Wohnungen. Diese Zahl von Wohnungen wird in Wien jährlich tatsächlich auch gebaut. Dies geht auch aus den Rechnungsabschlüssen hervor.

Zur Frage der Überprüfung von Planungen sagt er, daß eine Überprüfung der Pläne noch lange keinen Beschluß bedeutet. Was die Kritik der Kommunisten über die Anleihen betrifft, meint der Finanzreferent, daß die Kommunisten am wenigsten Grund haben, sich auf Hugo Breitner zu berufen, denn keine Partei hat den damaligen Finanzreferenten so beschimpft wie diese. Übrigens hat Breitner auch eine Anleihe aufgenommen, weil er sich eben gebraucht hat. Vizebürgermeister Slavik empfiehlt dann, die Anträge der KIS abzulehnen.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen kommt er dann auf den Umbau des Karlsplatzes zu sprechen. Für die Errichtung der neuen Stadtbahnstation sind 42 Millionen Schilling vorgesehen. Diese hohe Summe wird noch einer Überprüfung unterzogen, wobei versucht wird, eine billigere Lösung zu finden.

Zum Thema Wiener Stadtplaner verweist er auf die letzte Klarstellung in der gestrigen Ausgabe der "Rathaus-Korrespondenz".

Über die Vorortelinie werden Besprechungen mit dem Verkehrsministerium geführt.

Aus dem Beispiel der Planung für den Bau des neuen Rudolphspitals ist zu ersehen, daß auch rasch geplant werden kann.

Der Finanzreferent bekennt sich nach wie vor zur Praxis einer vorsichtigen Einschätzung der Einnahmen. Es sei ihm lieber, auftauchende Aufgaben im Laufe des Jahres durchführen zu können, als sie zurückstellen zu müssen. Was die Anregung betrifft, man möge einen Budgetausschuß gründen, erklärt er, daß es bei der Gemeinde Wien eine kollegiale aber keine ministerielle Verwaltung gebe.

Was die Gründung einer Baustoffgroßhandlung betrifft, so ist es sicher kein großes Unglück für die Bevölkerung, wenn wir ein paar Baustoffhändlern Konkurrenz machen. Aber wir wollen billige Baustoffe in die Hand bekommen.

Zu den Kritiken über die Stadthallen-Filmproduktion meint der Referent, statt daß wir uns freuen, daß unsere Künstler und Techniker beschäftigt werden, regt man sich darüber auf.

Was die Grundkäufe betrifft, so muß die Stadt Wien auch im Zentrum Baugrund haben. Wir stehen dabei leider vielfach in Konkurrenz mit ausländischen Kaufgruppen und daher kommen die starken Auftriebstendenzen. Leider gibt es keine Regelung, die uns vor dem Abkauf des Grundes an ausländische Interessenten schützt.

Was die Verkehrsprobleme anlangt: wir müssen uns entscheiden; die Stadt oder der Verkehr! Dort, wo wir für den Verkehr Platz schaffen können, werden wir dies selbstverständlich tun; wo aber nicht, werden wir uns für die Stadt und nicht für den Individualverkehr entscheiden.

Zum Vorwurf des Fürsorgemonopols: wir sind nicht gegen die Hilfe von privaten Institutionen. Aber wir sind dagegen, daß sich andere aufplustern, und die Stadt Wien kann es bezahlen.

Wenn von einer schwierigen Zusammenarbeit in Wien gesprochen wird; hat man sich schon einmal dafür interessiert, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit in Niederösterreich aussieht?

Verfassungsänderung: die besten Demokratien sind die, die ihre Verfassung in Ruhe lassen. Unsere Verfassung gibt jedenfalls die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung für Wien. Der Gemeinderat ist der beste Beweis dafür, wie man sich in einer freien Gesellschaftsordnung entwickeln kann.

Abschließend erklärte Vizebürgermeister Slavik zum Voranschlag, man wolle sich nicht durch die Demagogie einzelner verlocken lassen. Wir fühlen uns als treuhändige Verwalter der uns anvertrauten Steuergelder und wir bemühen uns, diese Gelder so gut und so gewissenhaft wie möglich zu verwalten. Und wir wünschen uns, daß uns der Voranschlag für 1963 ein Stücklerl weiterführt in eine glückliche Zukunft. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze zum zweiten Hauptstück mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVI angenommen. Die Erinnerungen werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

Die Anträge der KLS werden mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Die Behandlung des Wiener Budgets wird Montag, den 10. Dezember, um 9 Uhr, fortgesetzt. Stadtrat Riemer (SPÖ) referiert über das Kapitel I, Personalangelegenheiten.

- - -

Führungen durch die Hodler-Ausstellung  
=====

7. Dezember (RK) Montag, den 10. Dezember, führt um 18 Uhr Dr. Lucia Gunz durch die Ausstellung, Dienstag, den 11. Dezember, um 18 Uhr Dr. Erika Neubauer, Mittwoch, den 12. Dezember, um 10.30 Uhr Dr. Krasa-Florian und um 18 Uhr Dr. Hubert Adolph. Donnerstag, den 13. Dezember, um 17 Uhr, wird Prof. Dr. Hugo Ellenberger die ausgestellten Werke erklären, Freitag, den 14. Dezember, um 18 Uhr wieder Dr. Erika Neubauer und Samstag, den 15. Dezember, um 10.30 Uhr Dr. Krasa-Florian sowie um 18 Uhr Prof. Dr. Hugo Ellenberger.

- - -